

Inhalt

1. 4. 2004	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005 – HG 04/05)	154
30. 3. 2004	Verordnung zur Aufhebung der Siebenten Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 17. Januar 1985	171
	2130-6-7, 2130-6-7-c	

Gesetz
über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin
für die Haushaltsjahre 2004 und 2005
(Haushaltsgesetz 2004/2005 – HG 04/05)

Vom 1. April 2004

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Feststellung des Haushaltsplans

Der diesem Gesetz als Anlage beigefügte Haushaltsplan von Berlin für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 wird für 2004 in Einnahmen und Ausgaben auf 22 404 380 500 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 838 136 700 Euro und für 2005 in Einnahmen und Ausgaben auf 21 109 162 200 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 841 386 800 Euro festgestellt, und zwar

1. für 2004
 - a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 16 863 729 700 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 4 773 418 700 Euro,
 - b) in den Einzelplänen 31 bis 59 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 5 540 650 800 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 64 718 000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans;
2. für 2005
 - a) in den Einzelplänen 01 bis 29 auf Einnahmen und Ausgaben von 15 781 707 600 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 804 313 800 Euro,
 - b) in den Einzelplänen 31 bis 59 (Bezirkshaushaltspläne) auf Einnahmen und Ausgaben von 5 327 454 600 Euro mit Verpflichtungsermächtigungen von 37 073 000 Euro und in den einzelnen Bezirkshaushaltsplänen nach Maßgabe der Haushaltsübersicht des Gesamtplans.

§ 2

Hebesätze

- (1) Die Hebesätze für die Grundsteuer werden für 2004 und 2005
 1. für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft auf 150 vom Hundert,
 2. für Grundstücke auf 660 vom Hundert des Steuermessbetrages festgesetzt.
- (2) Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird für 2004 und 2005 auf 410 vom Hundert des Steuermessbetrages festgesetzt.

§ 3

Kreditermächtigungen

(1) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben

1. des Haushaltsplans 2004 bis zur Höhe von 5 344 998 000 Euro,
 2. des Haushaltsplans 2005 bis zur Höhe von 4 290 290 000 Euro
- Kredite am Kreditmarkt und von öffentlich-rechtlichen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie Sondervermögen nach § 14 a des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. August 2002 (BGBl. I S. 3020), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848) geändert worden ist, aufzunehmen. Erfolgt die Kreditaufnahme in fremder Währung, so ist das damit verbundene Wechselkursrisiko bezüglich des Kapitals und der zu zahlenden Zinsen in voller Höhe durch Wechselkursrisikogeschäfte auszuschließen.

(2) Dem jeweiligen Kreditrahmen nach Absatz 1 wachsen die Beträge zur Tilgung von in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 jeweils fällig werdenden Krediten zu, deren Höhe sich aus dem Kreditfinanzierungsplan des Gesamtplans ergibt.

(3) Darüber hinaus wachsen dem jeweiligen Kreditrahmen nach Absatz 1 Beträge zu, die der vorzeitigen Tilgung von Schulden, der Tilgung kurzfristiger oder im jeweils vorangegangenen Haushaltsjahr aufgenommener Kredite und dem aus Gründen der Marktpflege erforderlichen Kauf von Inhaberschuldverschreibungen des Landes dienen.

(4) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird im Zusammenhang mit dem beschlossenen Rückzug aus den städtebaulichen Entwicklungsbereichen und der daraus resultierenden notwendigen Entschuldung der treuhänderischen Entwicklungsträger ermächtigt, Kreditverbindlichkeiten der Träger bis zu 670 000 000 Euro im Jahr 2004 in das Schulden-Portfolio des Landes zu übernehmen.

(5) Ferner wird die Senatsverwaltung für Finanzen ermächtigt, andere Darlehen, insbesondere aus Mitteln des Bundes, zur Deckung von Ausgaben

1. des Haushaltsjahres 2004 bis zur Höhe von 5 000 000 Euro,
2. des Haushaltsjahres 2005 bis zur Höhe von 5 000 000 Euro aufzunehmen.

(6) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, in den jeweiligen Haushaltsjahren Kassenverstärkungskredite bis zur Höhe von 13 vom Hundert der in § 1 festgestellten Beträge aufzunehmen.

(7) Ab dem 1. Oktober der Haushaltsjahre 2004 und 2005 dürfen im Vorgriff auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres Kredite am Kreditmarkt bis zur Höhe von 2 vom Hundert der in § 1 festgestellten Ausgaben aufgenommen werden. Diese Kredite sind auf die Kreditermächtigung des jeweils nächsten Haushaltsjahres anzurechnen.

(8) Im Rahmen der Kreditfinanzierung dürfen ergänzende Vereinbarungen, die der Steuerung von Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken sowie der Erzielung günstiger Konditionen bei neuen Krediten und bestehenden Schulden dienen, getroffen werden. In der Summe dürfen diese ergänzenden Vereinbarungen 20 vom Hundert des Gesamtschuldenstandes am Ende des jeweils vorangegangenen Haushaltsjahres nicht überschreiten.

§ 4

Bürgschaften und Garantien

(1) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft, der Landwirtschaft und der freien Berufe in Berlin

1. Ausfallbürgschaften und -garantien für Kredite und Beteiligungen gegenüber Kreditinstituten, Kapitalsammelstellen, Kapitalbeteiligungsgesellschaften, Bürgschaftsbanken, dem Bund und den Bundesländern bis zu 750 000 000 Euro,
2. Ausfallgarantien für Arbeitnehmerbeteiligungsvorhaben bis zu 25 000 000 Euro

zu übernehmen. Nach Satz 1 Nr. 1 geförderte Unternehmen und Angehörige freier Berufe müssen in Berlin eine Betriebsstätte im Sinne von § 12 der Abgabenordnung unterhalten. Nach Satz 1 Nr. 2 geförderte Arbeitnehmerbeteiligungen müssen an Unternehmen mit Sitz und Betriebsstätte in Berlin erfolgen.

(2) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung zur Förderung der Sozialwirtschaft in Berlin Rückbürgschaften für Investitionskredite an Träger der freien Wohlfahrtspflege gegenüber Bürgschaftsbanken bis zu 10 000 000 Euro zu übernehmen. Voraussetzungen für eine Bürgschaftsübernahme sind der von der für Soziales zuständigen Senatsverwaltung im Einvernehmen mit der für Fi-

nanz zuständigen Senatsverwaltung anerkannte Bedarf sowie die ebenso gute oder bessere Erbringung von staatlichen Aufgaben oder von öffentlichen Zwecken dienenden wirtschaftlichen Tätigkeiten durch private Anbieter im Sinne von § 7 Abs. 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung.

(3) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltung Ausfallbürgschaften und -garantien

1. zur Förderung des Wohnungsbaus, der Modernisierung, der Instandsetzung und des Rückbaus von Wohngebäuden in Berlin,
2. zur Förderung des Baus, der Modernisierung und Instandsetzung sowie der Umnutzung gewerblicher Räume, soweit dies im Zusammenhang mit Maßnahmen nach Nummer 1 geboten erscheint,
3. zur Förderung des Erwerbs bestehenden Wohnraums zur Selbstnutzung und
4. zur Stellung von Sicherheiten für von den Kommunalen Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Altschuldenhilfe-Gesetzes vom 23. Juni 1993 (BGBl. I S. 944, 986), das zuletzt durch Artikel 32 des Gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3794) geändert worden ist, abzuschließende Kreditverträge

bis zu 9 000 000 000 Euro und

5. zur Absicherung von Krediten der Flughafen Projektgesellschaft Schönefeld mbH (Gemeinsame Gesellschaft), die im Interesse der Gesellschaft aufgenommen werden, Bürgschaften bis zu 205 000 000 Euro – höchstens jedoch 37 vom Hundert der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft – und
6. zur Absicherung der Verlängerung von Krediten der Berlin Brandenburg Flughafen Holding GmbH für das so genannte Baufeld-Ost, die von der Gesellschaft aufgenommen wurden, Bürgschaften bis zu 70 000 000 Euro – höchstens jedoch 37 vom Hundert der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an dieser Gesellschaft –

zu übernehmen.

(4) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, bei Sonderfinanzierungen im Sinne von § 6 für von Objektträgern aufzunehmende Fremdmittel zur Verbesserung der Kreditkonditionen, insbesondere zur Inanspruchnahme von Krediten aus Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Bürgschaften bis zu 125 000 000 Euro zu übernehmen.

(5) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung zur Absicherung von Krediten der Berlinwasser Holding AG und von deren Tochtergesellschaften Bürgschaften – gegebenenfalls selbstschuldnerisch – bis zur Höhe von 158 000 000 Euro – höchstens jedoch 50,1 vom Hundert der Verpflichtungen entsprechend dem Anteil des Landes Berlin an der Berlinwasser Holding AG – zu übernehmen. Auf den Höchstbetrag werden die nach bisherigen Haushaltsgesetzen gewährten Bürgschaften angerechnet.

(6) Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, im Einvernehmen mit der für Gesundheit zuständigen Senatsverwaltung zur Absicherung von Krediten der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH Bürgschaften – gegebenenfalls selbstschuldnerisch – oder Garantien bis zur Höhe von 250 000 000 Euro zu übernehmen. Auf den Höchstbetrag werden die nach bisherigen Haushaltsgesetzen gewährten Bürgschaften angerechnet.

(7) Auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 und 2 werden jeweils die Bürgschaften und Garantien auf Grund des Landesbürgschaftsgesetzes vom 14. Februar 1964 (GVBl. S. 244), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Oktober 1995 (GVBl. S. 688), des Rückbürgschaftsgesetzes in der Fassung vom 15. November 1993 (GVBl. S. 584), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. November 1996 (GVBl. S. 507), auf den Höchstbetrag nach Absatz 3 Nr. 1 bis 3 die Bürgschaften auf Grund des Vierten Wohnungsbaubürgschaftsgesetzes vom 13. Februar 1979 (GVBl. S. 345), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Februar 1995 (GVBl. S. 56), angerechnet. Weiterhin werden auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 bis 4 die Bürgschaften und Rückbürgschaften auf Grund der jeweiligen Ermäch-

tigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Bürgschaften und Garantien auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen.

(8) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Bürgschaften oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, so sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen.

§ 5

Sonstige Gewährleistungen

(1) Die für Wissenschaft, Forschung und Kultur zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, zur Stellung von Sicherheiten für Eingangsabgaben im Zusammenhang mit der vorübergehenden Einfuhr von Kunstgegenständen, zur Deckung des Risikos des Landes Berlin und von Zuwendungsempfängern Berlins aus der Haftung für Leihgaben im Bereich von Kunst und Kultur sowie für wissenschaftliche Forschungsinstitute, die vom Land Berlin und vom Bund gemeinsam getragen werden, Gewährleistungen bis zu 289 000 000 Euro zu übernehmen.

(2) Die für den Umweltschutz zuständige Senatsverwaltung wird ermächtigt, für Haftungsfreistellungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsinitiativen Gewährleistungen bis zu 10 226 000 Euro zu übernehmen.

(3) Auf die Höchstbeträge nach den Absätzen 1 und 2 werden die Sicherheiten und Gewährleistungen auf Grund der jeweiligen Ermächtigungen bisheriger Haushaltsgesetze angerechnet, soweit Berlin noch in Anspruch genommen werden kann oder soweit es in Anspruch genommen worden ist und für die erbrachte Leistung keinen Ersatz erlangt hat. Soweit Berlin ohne Inanspruchnahme von seiner Haftung frei wird oder Ersatz für die erbrachte Leistung erlangt hat, sind übernommene Gewährleistungen auf die Höchstbeträge nicht mehr anzurechnen.

(4) Sind aus vorangegangenen Haushaltsjahren Sicherheiten oder Gewährleistungen in Deutscher Mark übernommen worden, so sind sie mit dem festgesetzten Umrechnungskurs auf die Höchstbeträge in Euro anzurechnen.

§ 6

Sonderfinanzierungen

(1) Durch den Abschluss von Leasing-, Mietkauf- und ähnlichen Verträgen (Sonderfinanzierungen) für Bauinvestitionen dürfen Verpflichtungen zu Lasten künftiger Haushaltsjahre eingegangen werden. Die Senatsverwaltung für Finanzen wird ermächtigt, mit Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses Sonderfinanzierungen zuzulassen; § 38 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung bleibt unberührt. Die aus Sonderfinanzierungen entstehenden Verpflichtungen Berlins dürfen das vertretbare Maß für die Belastung künftiger Haushaltsjahre nicht überschreiten.

(2) Die Wirtschaftlichkeit von Sonderfinanzierungen ist in jedem Einzelfall zu belegen.

§ 7

Personalwirtschaftliche Regelungen und Personalausgaben

(1) Um die im Zusammenhang mit den Sparmaßnahmen im Stellenplan und bei den Mitteln für nichtplanmäßige Dienstkräfte angebrachten Wegfallvermerke zügig haushaltswirksam abzubauen, werden für Arbeitnehmer und Beamte nach näherer Bestimmung durch die Senatsverwaltung für Finanzen Ausgaben für Prämien und ähnliche Ausgaben geleistet.

(2) Abweichend von § 20 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung sind die im Titel 422 07 für planmäßige Beamte bei laufbahnmäßigem Nachteilsausgleich, in den Titeln 422 11 und 422 12 für Beamte und Richter zur Anstellung sowie in den Titeln 422 21, 425 21, 425 22 und 426 21 für Anwärter und Auszubildende ausgewiesenen Mittel nur untereinander deckungsfähig, ausnahmsweise auch mit den übrigen Personalausgaben, soweit es sich um eine auf zwölf

Monate befristete Weiterbeschäftigung im unmittelbaren Anschluss an die Ausbildung handelt, sowie mit konsumtiven Sachausgaben, soweit es sich um Zuschüsse zur Ausweitung des Ausbildungsangebots oder um Qualifizierungsmaßnahmen zur Realisierung von Personalkosteneinsparungen handelt.

(3) Die bei den Titeln 425 03 und 427 03 veranschlagten Personalausgaben sind abweichend von § 20 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung nur untereinander deckungsfähig und abweichend von § 19 der Landeshaushaltsordnung übertragbar.

(4) Für vom Haushaltsplan 2003 abweichende Planstellen des Haushaltsplans 2004 beziehungsweise für vom Haushaltsplan 2004 abweichende Planstellen des Haushaltsplans 2005, die unter die Bestimmung des § 26 des Bundesbesoldungsgesetzes fallen, gilt bis zu deren Anpassung an die Obergrenzen durch die Senatsverwaltung für Finanzen:

1. Neu eingerichtete Planstellen dürfen nur im Eingangsamt besetzt werden,
2. Planstellen, die gegenüber dem Haushaltsplan 2003 und dessen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen gehoben wurden, dürfen nur bis zu der im Haushaltsplan 2003 – einschließlich der haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen 2003 – vorgesehenen Wertigkeit in Anspruch genommen werden,
3. Planstellen, die gegenüber dem Haushaltsplan 2004 und dessen haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen gehoben wurden, dürfen nur bis zu der im Haushaltsplan 2004 – einschließlich der haushaltswirtschaftlichen Beschränkungen 2004 – vorgesehenen Wertigkeit in Anspruch genommen werden.

Die Anpassungsfrist nach Satz 1 gilt für Planstellen des Haushaltsplans 2004 längstens bis zum Ablauf von drei Monaten, für Planstellen des Haushaltsplans 2005 längstens bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Verabschiedung dieses Gesetzes durch das Abgeordnetenhaus von Berlin.

(5) In den einzelnen Kapiteln fließen die Einnahmen aus Zuschüssen für die berufliche Eingliederung Behinderter (Titel 236 01) den Ausgaben bei Titel 425 11 zu.

(6) Die Senatsverwaltung für Finanzen kann nach § 47 Abs. 2 Satz 2 der Landeshaushaltsordnung Ausnahmen von der Übernahmeverpflichtung zulassen, wenn sie der Erprobung neuer Konzepte für die Realisierung von Personalkosteneinsparungen dienen.

(7) Abweichend von § 20 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung sind die im Kapitel 28 09 veranschlagten Personalausgaben nur dekungs berechtigt. Die Senatsverwaltung für Finanzen kann Ausnahmen zulassen. Die in den Kapiteln 17 12, 17 13 und 17 14 veranschlagten Personalausgaben für Stellen und Beschäftigungspositionen mit Wegfallvermerken sind nur dekungs berechtigt.

(8) Im Rahmen der den Behörden und Einrichtungen zur Verfügung gestellten Globalsummen für Personalausgaben (bei Behörden ohne Globalsummen im Rahmen der Ansätze für Personalausgaben) dürfen an Beamte Leistungsprämien und -zulagen gezahlt werden entsprechend der Leistungsprämien- und Zulagenverordnung vom 17. Juli 2001 (GVBl. S. 290).

(9) Werden Planstellen für die Übertragung von Funktionen in Stäben oder vergleichbaren Organisationseinheiten in Anspruch genommen, so darf im Einvernehmen mit den für das Besoldungsrecht und die Finanzen zuständigen Senatsverwaltungen eine Zulage nach § 45 des Bundesbesoldungsgesetzes gezahlt werden. Die Zulage darf bis zur Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe des Beamten und dem Grundgehalt der Besoldungsgruppe, die der Wertigkeit der wahrgenommenen Funktion entspricht, höchstens jedoch der zweiten folgenden Besoldungsgruppe und nicht laufbahnübergreifend gewährt werden.

(10) Soweit für Leitungspositionen, die nach § 5 des Verwaltungsreform-Grundsätze-Gesetzes befristet übertragen werden, Dienstkräfte vorgesehen werden, die nicht bereits auf (Plan-)Stellen geführt werden, die den Bewertungen dieser Leitungspositionen entsprechen, dürfen für die im Auswahlverfahren nicht zum Zuge gekommenen Dienstkräfte abweichend von § 49 Abs. 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung (Plan-)Stellen unter Anbringung eines

Rückwandlungsvermerkes umgewandelt oder mit Wegfallvermerk geschaffen werden.

(11) Stellen für planmäßige Beamte dürfen mit Angestellten und Stellen für planmäßige Angestellte unter Umwandlung in eine Planstelle mit Beamten besetzt werden, wenn die Aufgabenwahrnehmung nicht gegen § 6 Abs. 1 oder 2 des Landesbeamtengesetzes und gegen § 26 des Bundesbesoldungsgesetzes verstößt und der Ausgewählte der beste Bewerber ist. Ausgenommen sind Stellen für Beamte im Vollzugsdienst.

§ 8

Haushaltswirtschaftliche Sperre

Die Senatsverwaltung für Finanzen kann von ihren Befugnissen nach § 41 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung auch dann Gebrauch machen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit missachtet worden sind oder missachtet werden.

§ 9

Aufhebung qualifizierter Sperren

(1) Der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses wird ermächtigt, in den Fällen des § 22 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung die Einwilligung des Abgeordnetenhauses zur Aufhebung der Sperren zu erteilen.

(2) Die dazu erforderliche Beschlussvorlage wird – abweichend von § 36 Abs. 1 Satz 3 der Landeshaushaltsordnung – von der jeweils zuständigen Verwaltung im Einvernehmen mit der Senatsverwaltung für Finanzen eingebracht.

§ 10

Haushaltsüberschreitungen

(1) Der Betrag nach § 37 Abs. 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für 2004 und 2005 auf jeweils 5 000 000 Euro festgesetzt.

(2) Der Betrag nach § 38 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit § 37 Abs. 1 Satz 4 der Landeshaushaltsordnung wird für 2004 und 2005 auf jeweils 15 000 000 Euro festgesetzt.

§ 11

Überlassung der Nutzung von Vermögensgegenständen

Nach § 63 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung dürfen Datenverarbeitungsprogramme der Berliner Verwaltung unentgeltlich an Stellen der öffentlichen Verwaltung im Inland abgegeben werden, soweit Gegenseitigkeit besteht. Dem entgegenstehende vertragliche Regelungen bleiben unberührt.

§ 12

Deckungsfähigkeit

Abweichend von § 20 Abs. 1 und § 46 der Landeshaushaltsordnung sind konsumtive Sachausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen ausschließlich dekungs berechtigt gegenüber den Personalausgaben und den übrigen konsumtiven Sachausgaben. Konsumtive Ausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen sind jeweils untereinander dekungs fähig.

§ 13

Weitergeltung von Vorschriften

Die §§ 2, 3 Abs. 8, §§ 4, 5, 7, 8, 9, 11 und 12 gelten bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 weiter.

§ 14

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2004 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Der Regierende Bürgermeister

Klaus Wowereit

Anlage

**Gesamtplan
zum
Haushaltsplan von Berlin
für die
Haushaltsjahre 2004 und 2005**

Gesamtplan
Haushaltsübersicht
2004**G E S A M T P L A N**
Haushaltsübersicht 2004

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	Fehlbetrag (-) Überschuss €	Verpflichtungs- ermächtigungen €
01	Abgeordnetenhaus	159.100	30.978.700	-30.819.600	76.700
02	Verfassungsgerichtshof	500	528.800	-528.300	---
03	Regierende/r Bürgermeister/In	483.000	33.018.900	-32.535.900	---
05	Inneres	248.871.300	1.883.313.000	-1.634.441.700	15.772.000
06	Justiz	215.941.400	697.210.500	-481.269.100	5.800.000
09	Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	172.528.400	762.022.400	-589.494.000	63.017.000
10	Bildung, Jugend und Sport	121.298.500	2.698.533.900	-2.577.235.400	22.595.000
12	Stadtentwicklung	713.747.100	2.261.243.500	-1.547.496.400	3.833.879.000
13	Wirtschaft, Arbeit und Frauen	234.721.000	1.241.814.900	-1.007.093.900	325.227.000
15	Finanzen	247.660.700	471.698.500	-224.037.800	31.253.000
17	Wissenschaft, Forschung und Kultur	343.999.300	2.311.231.500	-1.967.232.200	475.799.000
20	Rechnungshof	36.600	22.150.700	-22.114.100	---
21	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	3.000	3.706.400	-3.703.400	---
28	Zentrale Personalangelegenheiten	17.599.900	306.880.900	-289.281.000	---
29	Allgemeine Finanzangelegenheiten	14.546.679.900	4.139.397.100	10.407.282.800	---
Σ	SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29	16.863.729.700	16.863.729.700	---	4.773.418.700
31	Bezirksverordnetenversammlung	12.700	7.791.600	-7.778.900	---
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	5.872.300	446.609.900	-440.737.600	974.000
35	Bürgerdienste	16.996.900	51.568.000	-34.571.100	---
37	Bildung, Schule, Kultur	51.259.600	377.553.600	-326.294.000	18.380.000
39	Soziales	260.402.100	2.163.092.200	-1.902.690.100	1.011.000
40	Jugend	160.114.200	1.458.384.500	-1.298.270.300	8.111.000
41	Gesundheit	5.073.400	111.816.300	-106.742.900	---
42	Bauen	55.704.800	206.724.700	-151.019.900	14.101.000
43	Wirtschaft	7.913.400	13.113.400	-5.200.000	---
44	Wohnen	122.673.300	200.206.300	-77.533.000	---
46	Planen, Vermessen	26.503.800	98.965.300	-72.461.500	19.992.000
47	Umwelt, Natur	39.813.200	206.281.300	-166.468.100	2.149.000
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	4.788.311.100	198.543.700	4.589.767.400	---
Σ	SUMME EINZELPLÄNE 31 - 59	5.540.650.800	5.540.650.800	---	64.718.000
Σ	SUMME HAUSHALTSPLAN	22.404.380.500	22.404.380.500	---	4.838.136.700

Gesamtplan
Haushaltsübersicht 2004
Aufstellung nach Bezirken

G E S A M T P L A N

Haushaltsübersicht 2004 – Aufstellung nach Bezirken

Einzelplan	Bezeichnung	Mitte €	Friedrichshain- Kreuzberg €	Pankow €	Charlottenburg- Wilmerdorf €	Spandau €
EINNAHMEN						
31	Bezirksverordnetenversammlung	100	4.400	300	200	200
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	163.000	183.200	1.555.600	540.100	183.500
35	Bürgerdienste	1.756.400	1.372.600	1.524.000	1.731.600	997.100
37	Bildung, Schule, Kultur	5.956.700	4.264.000	6.764.000	4.360.100	2.270.500
39	Soziales	22.205.400	26.223.600	16.856.500	37.981.000	17.288.100
40	Jugend	12.201.100	11.259.400	12.472.000	9.229.700	9.787.300
41	Gesundheit	876.800	244.400	298.600	729.000	89.500
42	Bauen	13.884.800	3.657.500	2.010.700	11.060.500	4.085.500
43	Wirtschaft	1.009.500	527.300	750.400	1.368.200	553.500
44	Wohnen	26.639.400	9.132.200	15.180.100	5.796.900	5.118.200
46	Planen, Vermessen	6.437.500	2.774.200	2.777.100	3.353.000	1.469.200
47	Umwelt, Natur	1.680.700	362.900	4.029.100	6.652.700	2.892.300
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	596.512.700	469.520.700	420.225.300	378.926.800	331.965.300
Σ	Summe Einnahmen	689.324.100	529.526.400	484.443.700	461.729.800	376.700.200
AUSGABEN						
31	Bezirksverordnetenversammlung	713.600	664.100	657.600	666.700	659.000
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	53.301.800	33.142.400	33.895.700	56.766.200	32.032.500
35	Bürgerdienste	5.286.700	4.006.000	4.480.900	6.409.800	2.891.800
37	Bildung, Schule, Kultur	38.802.800	33.458.900	30.905.900	22.680.400	26.310.600
39	Soziales	309.261.900	218.275.100	170.458.500	203.207.500	146.780.300
40	Jugend	148.727.300	139.251.000	134.880.100	84.477.400	95.252.400
41	Gesundheit	13.908.400	9.414.500	9.364.200	13.519.400	4.795.100
42	Bauen	46.575.600	7.780.400	23.540.100	20.450.400	9.827.200
43	Wirtschaft	1.410.300	954.400	1.330.900	1.904.900	682.500
44	Wohnen	25.050.900	21.383.800	21.847.400	11.843.000	10.854.000
46	Planen, Vermessen	13.051.900	12.801.500	14.322.200	6.204.600	4.941.200
47	Umwelt, Natur	23.391.400	10.562.500	19.033.400	20.600.000	15.838.800
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	9.841.500	37.831.800	19.726.800	12.999.500	25.834.800
Σ	Summe Ausgaben	689.324.100	529.526.400	484.443.700	461.729.800	376.700.200
Σ	Fehlbetrag	---	---	---	---	---
Σ	Verpflichtungsermächtigungen	14.883.000	7.633.000	9.063.000	911.000	2.981.000

Gesamtplan
Haushaltsübersicht 2004
Aufstellung nach Bezirken

Steglitz- Zehlendorf €	Tempelhof- Schöneberg €	Neukölln €	Treptow- Köpenick €	Marzahn- Hellersdorf €	Lichtenberg €	Reinickendorf €
600	3.800	1.600	500	400	100	500
516.200	1.426.700	255.000	131.700	630.100	163.000	124.200
1.233.200	1.880.800	1.942.200	1.007.200	1.310.000	1.227.400	1.014.400
5.031.700	3.513.600	3.237.000	5.225.100	3.614.700	4.267.000	2.755.200
17.604.800	25.633.200	30.755.000	10.009.100	10.489.100	33.302.400	12.053.900
11.143.800	32.343.900	16.552.200	9.435.200	14.442.700	11.327.500	9.919.400
488.800	591.900	261.500	117.400	278.800	794.600	302.100
4.299.000	3.381.100	2.351.000	2.447.600	1.774.400	2.818.100	3.934.600
696.100	1.278.800	537.700	284.800	295.000	294.100	318.000
3.013.300	6.861.100	9.931.200	8.893.900	13.147.600	8.557.100	10.402.300
1.793.900	1.395.100	720.000	1.405.200	1.860.200	1.221.800	1.296.600
5.725.300	2.756.600	3.832.800	5.369.400	1.746.800	2.332.500	2.432.100
295.889.800	451.128.000	517.765.600	279.302.900	326.427.200	405.150.200	315.496.600
347.436.500	532.194.600	588.142.800	323.630.000	376.017.000	471.455.800	360.049.900
619.100	716.800	631.900	599.300	628.900	624.800	609.800
40.835.400	46.957.400	54.071.800	14.152.200	20.442.500	29.878.100	31.133.900
3.964.500	5.913.900	4.283.200	3.247.600	4.033.600	4.125.200	2.924.800
30.869.000	36.598.100	34.860.000	27.644.600	42.084.100	35.080.200	18.259.000
115.017.300	189.795.000	238.553.800	90.691.100	108.585.200	240.482.200	131.984.300
83.112.600	178.109.400	152.754.700	103.259.500	136.003.300	103.573.200	98.983.600
9.599.400	10.069.000	9.115.700	5.714.500	9.570.900	9.199.100	7.546.100
13.698.200	11.579.100	5.509.600	21.279.100	10.411.500	8.595.300	27.478.200
1.098.400	1.642.400	970.400	798.800	903.800	773.200	643.400
8.605.600	17.549.900	21.910.800	14.011.800	17.727.600	18.912.500	10.509.000
5.836.900	8.364.600	6.184.100	10.119.600	7.002.100	6.058.500	4.078.100
22.439.400	16.384.900	16.214.500	19.596.700	15.751.300	13.259.200	13.209.200
11.740.700	8.514.100	43.082.300	12.515.200	2.872.200	894.300	12.690.500
347.436.500	532.194.600	588.142.800	323.630.000	376.017.000	471.455.800	360.049.900
---	---	---	---	---	---	---
5.473.000	300.000	13.115.000	6.843.000	2.000.000	1.516.000	---

Gesamtplan
Haushaltsübersicht
2005**G E S A M T P L A N**
Haushaltsübersicht 2005

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen €	Ausgaben €	Fehlbetrag (-) Überschuss €	Verpflichtungs- ermächtigungen €
01	Abgeordnetenhaus	159.100	31.499.000	-31.339.900	76.700
02	Verfassungsgerichtshof	500	537.300	-536.800	---
03	Regierende/r Bürgermeister/In	483.000	30.882.700	-30.399.700	---
05	Inneres	241.810.400	1.875.748.200	-1.633.937.800	40.436.000
06	Justiz	215.930.900	696.211.800	-480.280.900	---
09	Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	102.577.700	653.819.700	-551.242.000	13.792.000
10	Bildung, Jugend und Sport	106.847.200	2.654.256.200	-2.547.409.000	19.220.000
12	Stadtentwicklung	697.218.300	2.148.016.600	-1.450.798.300	337.148.000
13	Wirtschaft, Arbeit und Frauen	240.177.400	1.128.647.700	-888.470.300	281.080.100
15	Finanzen	224.759.700	448.054.500	-223.294.800	550.000
17	Wissenschaft, Forschung und Kultur	337.829.000	2.280.965.400	-1.943.136.400	112.011.000
20	Rechnungshof	36.600	22.078.700	-22.042.100	---
21	Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit	3.000	3.954.700	-3.951.700	---
28	Zentrale Personalangelegenheiten	16.470.900	334.597.900	-318.127.000	---
29	Allgemeine Finanzangelegenheiten	13.597.403.900	3.472.437.200	10.124.966.700	---
Σ	SUMME EINZELPLÄNE 01 - 29	15.781.707.600	15.781.707.600	---	804.313.800
31	Bezirksverordnetenversammlung	12.700	7.793.400	-7.780.700	---
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	5.853.000	441.056.100	-435.203.100	380.000
35	Bürgerdienste	16.996.800	50.126.700	-33.129.900	---
37	Bildung, Schule, Kultur	49.343.600	383.163.800	-333.820.200	9.239.000
39	Soziales	260.039.300	2.195.291.100	-1.935.251.800	---
40	Jugend	160.139.700	1.436.360.900	-1.276.221.200	1.109.000
41	Gesundheit	5.054.000	111.970.300	-106.916.300	---
42	Bauen	55.459.300	212.102.600	-156.643.300	7.593.000
43	Wirtschaft	7.934.100	13.048.500	-5.114.400	---
44	Wohnen	119.712.700	200.208.600	-80.495.900	---
46	Planen, Vermessen	25.174.100	99.014.500	-73.840.400	14.710.000
47	Umwelt, Natur	39.710.100	204.540.300	-164.830.200	4.042.000
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	4.582.025.200	-27.222.200	4.609.247.400	---
Σ	SUMME EINZELPLÄNE 31 - 59	5.327.454.600	5.327.454.600	---	37.073.000
Σ	SUMME HAUSHALTSPLAN	21.109.162.200	21.109.162.200	---	841.386.800

Gesamtplan
Haushaltsübersicht 2005
Aufstellung nach Bezirken

G E S A M T P L A N

Haushaltsübersicht 2005 – Aufstellung nach Bezirken

Einzelplan	Bezeichnung	Mitte €	Friedrichshain-Kreuzberg €	Pankow €	Charlottenburg-Wilmersdorf €	Spandau €
EINNAHMEN						
31	Bezirksverordnetenversammlung	100	4.400	300	200	200
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	155.300	183.200	1.555.600	540.200	178.900
35	Bürgerdienste	1.756.400	1.372.600	1.524.000	1.731.500	997.100
37	Bildung, Schule, Kultur	5.956.700	3.468.000	6.764.000	4.360.100	2.290.800
39	Soziales	22.205.400	26.224.400	16.851.500	37.834.000	17.360.900
40	Jugend	12.201.100	12.129.400	12.472.000	9.220.700	9.299.200
41	Gesundheit	876.800	244.400	298.600	729.000	96.400
42	Bauen	13.437.800	3.657.500	2.010.700	11.070.000	4.237.500
43	Wirtschaft	1.101.700	527.300	750.400	1.368.200	553.500
44	Wohnen	24.877.300	9.132.200	14.140.100	5.952.900	5.638.200
46	Planen, Vermessen	5.207.800	2.774.200	2.777.100	3.353.000	1.369.200
47	Umwelt, Natur	1.577.400	362.900	4.029.100	6.652.700	2.892.600
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	543.621.200	429.132.700	485.198.300	362.303.100	319.226.900
Σ	Summe Einnahmen	632.975.000	489.213.200	548.371.700	445.115.600	364.141.400
AUSGABEN						
31	Bezirksverordnetenversammlung	714.600	664.100	658.900	668.000	658.600
33	Bezirksamt - Politisch - Administrativer Bereich -	53.467.500	32.945.700	34.243.800	57.356.600	32.389.900
35	Bürgerdienste	5.120.600	3.933.900	4.291.700	6.195.500	2.935.700
37	Bildung, Schule, Kultur	38.617.700	29.557.900	30.040.100	22.050.400	27.352.000
39	Soziales	277.642.400	217.488.400	255.098.500	203.708.300	146.455.700
40	Jugend	146.188.700	137.493.200	139.596.200	82.827.500	92.970.000
41	Gesundheit	14.036.600	9.364.500	9.446.100	13.601.700	4.795.100
42	Bauen	46.134.700	9.477.400	26.556.600	21.179.800	10.015.000
43	Wirtschaft	1.424.400	922.400	1.341.600	1.917.200	682.500
44	Wohnen	22.561.900	22.359.800	20.941.400	12.374.900	11.356.900
46	Planen, Vermessen	13.482.500	12.793.500	14.267.200	6.203.300	4.944.300
47	Umwelt, Natur	24.005.300	10.380.500	18.912.600	20.226.100	15.137.100
59	Allgemeine Finanzangelegenheiten	-10.421.900	1.831.900	-7.023.000	-3.193.700	14.448.600
Σ	Summe Ausgaben	632.975.000	489.213.200	548.371.700	445.115.600	364.141.400
Σ	Fehlbetrag	---	---	---	---	---
Σ	Verpflichtungsermächtigungen	9.581.000	5.207.000	8.505.000	6.000	2.534.000

Gesamtplan
Haushaltsübersicht 2005
Aufstellung nach Bezirken

Steglitz- Zehlendorf €	Tempelhof- Schöneberg €	Neukölln €	Treptow- Köpenick €	Marzahn- Hellersdorf €	Lichtenberg €	Reinickendorf €
600	3.800	1.600	500	400	100	500
509.200	1.426.700	255.000	131.700	630.100	162.900	124.200
1.233.200	1.880.800	1.942.200	1.007.200	1.310.000	1.227.400	1.014.400
5.031.700	3.513.600	3.237.000	4.084.800	3.614.700	4.267.000	2.755.200
17.598.400	25.632.500	30.755.000	9.426.200	10.485.600	33.611.500	12.053.900
11.137.400	32.343.900	16.552.200	9.103.800	14.433.100	11.327.500	9.919.400
490.800	591.900	261.500	107.400	276.800	778.300	302.100
4.299.000	3.381.100	2.521.000	2.447.600	1.774.400	2.688.100	3.934.600
696.100	1.278.800	465.700	284.800	295.000	294.100	318.500
3.013.300	6.250.100	10.455.200	8.893.900	13.147.600	7.809.600	10.402.300
1.793.900	1.395.100	720.000	1.405.200	1.860.200	1.221.800	1.296.600
5.725.300	2.756.600	3.832.800	5.369.300	1.746.800	2.332.500	2.432.100
287.568.100	432.829.000	484.430.200	267.644.900	300.585.200	367.513.200	301.972.400
339.097.000	513.283.900	555.429.400	309.907.300	350.159.900	433.234.000	346.526.200
618.700	714.300	631.900	601.800	628.900	623.800	609.800
40.658.500	46.877.200	54.039.300	14.377.800	20.443.500	23.123.600	31.132.700
3.716.300	5.657.000	4.283.200	3.130.900	4.033.600	3.903.500	2.924.800
35.383.600	40.673.700	39.238.000	30.017.600	41.506.100	30.687.700	18.039.000
112.496.000	188.761.400	244.551.400	90.149.700	107.927.500	219.025.600	131.986.200
83.005.200	174.366.500	151.149.600	98.876.100	131.205.900	100.112.300	98.569.700
9.547.100	9.962.700	9.132.700	5.787.600	9.568.900	9.182.600	7.544.700
14.333.400	11.438.100	6.180.400	20.559.200	7.449.500	8.786.300	29.992.200
1.095.200	1.636.200	898.400	809.800	903.800	773.200	643.800
8.959.200	17.064.900	22.958.800	14.670.800	18.547.600	17.431.400	10.981.000
5.816.300	8.024.300	6.184.100	10.169.300	7.002.100	6.048.500	4.079.100
20.262.100	16.156.600	17.149.000	19.891.300	15.956.300	13.502.200	12.961.200
3.205.400	-8.049.000	-967.400	865.400	-15.013.800	33.300	-2.938.000
339.097.000	513.283.900	555.429.400	309.907.300	350.159.900	433.234.000	346.526.200
---	---	---	---	---	---	---
---	300.000	6.669.000	---	2.000.000	2.271.000	---

Gesamtplan

Finanzierungsübersicht 2004

– Mio € –

Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen).....		20 991,0
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen).....		17 037,2
3. Finanzierungssaldo		3 953,8

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt.....	12 815,6	
Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt.....	7 470,6	5 345,0
5. Rücklagenbewegung Entnahmen aus Rücklagen	13,7	
Zuführungen an Rücklagen	15,5	- 1,8
6. Ausgleich früherer Haushaltsjahre Einnahmen aus Überschüssen.....	0,0	
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	1 392,2	- 1 392,2
darunter: Fehlbetrag der Bezirke	115,0	
7. Verrechnungsbewegungen einnahmeseitige Verrechnungen.....	8,5	
ausgabeseitige Verrechnungen.....	5,7	2,8
8. Finanzierungssaldo		3 953,8

Gesamtplan

Finanzierungsübersicht 2005

– Mio € –

Ermittlung des Finanzierungssaldos

1. Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen sowie Verrechnungen).....		20 708,6
2. Einnahmen (ohne Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus Überschüssen sowie Verrechnungen).....		16 796,8
3. Finanzierungssaldo		3 911,8

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos

4. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt.....	11 128,7	
Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt.....	6 838,4	4 290,3
5. Rücklagenbewegung Entnahmen aus Rücklagen	14,4	
Zuführungen an Rücklagen	12,9	1,5
6. Ausgleich früherer Haushaltsjahre Einnahmen aus Überschüssen.....	0,0	
Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	382,0	- 382,0
darunter: Fehlbetrag der Bezirke		
7. Verrechnungsbewegungen einnahmeseitige Verrechnungen.....	7,6	
ausgabeseitige Verrechnungen.....	5,6	2,0
8. Finanzierungssaldo		3 911,8

Gesamtplan

Kreditfinanzierungsplan 2004

– Mio € –

Kredite am Kreditmarkt

1. Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt.....	12 815,6
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	7 470,6
3. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	5 345,0

Kredite im öffentlichen Bereich

4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften u.ä. Darlehen des Bundes.....	2,4
5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.ä. im öffentlichen Bereich	55,6
6. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	-53,2
7. Netto-Neuverschuldung.....	5.291,8

Gesamtplan

Kreditfinanzierungsplan 2005

– Mio € –

Kredite am Kreditmarkt

1. Einnahmen aus Krediten am Kreditmarkt.....	11 128,7
2. Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	6 838,4
3. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	4 290,3

Kredite im öffentlichen Bereich

4. Einnahmen aus Krediten von Gebietskörperschaften u.ä. Darlehen des Bundes.....	1,6
5. Ausgaben zur Schuldentilgung bei Gebietskörperschaften u.ä. im öffentlichen Bereich	56,1
6. Netto-Neuverschuldung im öffentlichen Bereich	-54,5
7. Netto-Neuverschuldung.....	4 235,8

Betriebshaushalt/Vermögenshaushalt**Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungsdefizite
des Berliner Haushalts 2004**

– Mio. € –

	Ansatz 2004	Vorläufiges Ist 2003	Rechnung 2002
Laufende Rechnung (Betriebshaushalt)			
Einnahmen der laufenden Rechnung	15.951	15.273	15.164
Ausgaben der laufenden Rechnung	18.649	18.799	19.185
Saldo der laufenden Rechnung (Betriebshaushalt)	-2.698	-3.526	-4.021
Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)			
Einnahmen der Kapitalrechnung	1.086	989	1.033
darunter Zuweisungen für Investitionen	493	453	503
Vermögensaktivierung	411	274	258
Ausgaben der Kapitalrechnung	2.342	1.876	1.881
darunter Investitionsausgaben	2.287	1.817	1.818
Saldo der Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)	-1.256	-887	-848
nachrichtlich			
Finanzierungssaldo	-3.954	-4.413	-4.869

Betriebshaushalt/Vermögenshaushalt**Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungsdefizite
des Berliner Haushalts 2005**

– Mio. € –

	2005	Ansatz 2004	Vorläufiges Ist 2003
Laufende Rechnung (Betriebshaushalt)			
Einnahmen der laufenden Rechnung	16.081	15.951	15.273
Ausgaben der laufenden Rechnung	18.481	18.649	18.799
Saldo der laufenden Rechnung (Betriebshaushalt)	-2.400	-2.698	-3.526
Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)			
Einnahmen der Kapitalrechnung	716	1.086	989
darunter Zuweisungen für Investitionen	409	493	453
Vermögensaktivierung	160	411	274
Ausgaben der Kapitalrechnung	2.228	2.342	1.876
darunter Investitionsausgaben	2.172	2.287	1.817
Saldo der Kapitalrechnung (Vermögenshaushalt)	-1.512	-1.256	-887
nachrichtlich			
Finanzierungssaldo	-3.912	-3.954	-4.413

Schulden- und Belastungsbilanz

Unmittelbare, mittelbare und Eventualverbindlichkeiten des Landes Berlin (Mio. €)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
• unmittelbare und mittelbare Verbindlichkeiten zusammen	49 360	53 604	58 853	61 950	64 673	67 738
– unmittelbare Verbindlichkeiten	47 505	51 749	56 998	61 234	63 957	67 022
darunter						
Schulden aus Kreditmarktmitteln *)	44 647	48 727	54 739	59 029	62 246	64 920
Schulden im öffentlichen Bereich	1 369	1 312	1 259	1 205	1 153	1 103
– mittelbare Verbindlichkeiten	1 855	1 855	1 855	716	716	716
rechnerischer Anteil des Landes Berlin am Schuldenstand des Fonds Deutsche Einheit	1 139	1 139	1 139	0	0	0
von Krankenhausträgern und anderen Trägern aufgenommene Darlehen zur Finanzierung von Krankenhausinvestitionen bzw. Investitionen im Pflege- und Behindertenbereich	716	716	716	716	716	716
n a c h r i c h t l i c h						
– Eventualverbindlichkeiten						
vom Land Berlin übernommene Bürgschaften und Garantien	30 863	30 850	30 650	30 350	30 200	30 200
• Haushaltsbelastungen aus unmittelbaren und mittelbaren Verbindlichkeiten insgesamt	5 028	5 053	5 127	5 199	5 304	5 369
– Haushaltsbelastungen aus unmittelbaren Verbindlichkeiten	2 194	2 255	2 387	2 617	2 782	2 935
Zinsausgaben für die Schulden aus Kreditmarktmitteln und im öffentlichen Bereich	2 194	2 255	2 387	2 617	2 782	2 935
– Haushaltsbelastungen aus mittelbaren Verbindlichkeiten	2 834	2 798	2 740	2 582	2 522	2 434
rechnerische Finanzierungsbeiträge zum Fonds Deutsche Einheit	69	69	65	0	0	0
Mietkauf- und Leasingverpflichtungen	98	102	100	97	97	94
Schuldendienstleistungen für Darlehensaufnahmen Dritter (u.a. Krankenhausträger)	63	58	58	58	58	58
Förderung des Wohnungsbaus (einschließlich Modernisierung/Instandsetzung von Wohngebäuden)	1 422	1 371	1 273	1 181	1 118	1 031
Städtebauförderung	61	65	73	72	61	44
Versorgungsausgaben	1 143	1 103	1 136	1 155	1 178	1 202
Ausgaben an Treuhandvermögen	39	30	35	20	10	5
n a c h r i c h t l i c h						
– Eventualverbindlichkeiten						
Inanspruchnahme aus Bürgschaften	13	11	37	65	76	85
Risikoabschirmung Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften	0	0	300	300	300	300

*) Für die Jahre 2006 und 2007 wurde eine Neuverschuldung entsprechend der Finanzplanung 2003 bis 2007 unterstellt.

Verordnung
zur Aufhebung der Siebenten Verordnung
über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten
vom 17. Januar 1985

Vom 30. März 2004

Auf Grund des § 162 Abs. 2 Satz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141, 1998 I S. 137), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 23. Juli 2002 (BGBl. I S. 2850), in Verbindung mit § 24 Abs. 1 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 7. November 1999 (GVBl. S. 578), wird verordnet:

Artikel I

Die Siebente Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 17. Januar 1985 (GVBl. S. 239), zuletzt geändert durch Artikel III der Verordnung zur Aufhebung und Änderung von Verordnungen über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 19. August 2003 (GVBl. S. 315), wird aufgehoben.

Artikel II

(1) Wer die Rechtswirksamkeit dieser Verordnung überprüfen lassen will, muss

1. eine Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften, die in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 des Baugesetzbuchs bezeichnet oder die in dem Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuchs enthalten sind, innerhalb eines Jahres und
2. Mängel der Abwägung innerhalb von sieben Jahren

seit der Verkündung dieser Verordnung schriftlich gegenüber der für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen zuständigen Senatsverwaltung geltend machen; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen. Nach § 215 Abs. 1 des Baugesetzbuchs und nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuchs ist die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften sowie des Abwägungsgebots nach Ablauf der in Satz 1 genannten Fristen unbeachtlich. § 215 a des Baugesetzbuchs findet entsprechende Anwendung.

(2) Die Beschränkung des Absatzes 1 gilt nicht, wenn die für die Verkündung dieser Verordnung geltenden Vorschriften verletzt worden sind.

Artikel III

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Berlin, den 30. März 2004

Der Senat von Berlin

Klaus W o w e r e i t	Peter S t r i e d e r
Regierender Bürgermeister	Senator für Stadtentwicklung

Herausgeber:

Senatsverwaltung für Justiz,
Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin

Redaktion:

Salzburger Straße 21–25, 10825 Berlin, Fernruf: 90 13 33 80, Telefax: 90 13 20 08

Verlag und Vertrieb:

Kulturbuch-Verlag GmbH, Postfach 47 04 49, 12313 Berlin
Hausadresse: Berlin-Buckow, Sprosserweg 3, 12351 Berlin
Telefon: 6 61 84 84 oder 6 61 40 02; Telefax: 6 61 78 28
Internet: <http://www.kulturbuch-verlag.de>
E-Mail: kbvinfo@kulturbuch-verlag.de

Bezugspreis:

vierteljährlich 13,30 € einschließlich 7 % Umsatzsteuer
bei sechswöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende.
Laufender Bezug und Einzelhefte durch den Verlag.
Preis dieses Heftes 2,05 € zuzüglich Versandkosten
(Postbank Berlin, Konto Nr. 87 50 - 109, BLZ 100 100 10)

Druck:

H. Heenemann GmbH & Co., Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin